

# Kreative Buchführung

**Euro-Krise:** Europäische Zentralbank finanziert griechische Pleitebanken, um einen Staatsbankrott weiter hinauszuzögern

THORSTEN POLLEIT

Der Internationale Währungsfonds (IWF) unterstützt Griechenland mit „Hilfskrediten“, so ist in den Medien zu hören und zu lesen. Doch das ist aus zwei Gründen irreführend. Erstens: Die Kredite des IWF helfen nicht der griechischen Bevölkerung. Sie werden dazu verwendet, um fällige Zins- und Tilgungszahlungen an Griechenlands Gläubiger zu überweisen.

Bis zu den diversen „Euro-Rettungsmaßnahmen“ ab 2010 waren es vor allem ausländische Finanzinstitute und internationale Investoren, die griechische Staatspapiere hielten. Inzwischen sind es nun die Euro-Länder (Stichwort: Rettungsschirm ESM) und der IWF selbst. Die öffentlichen Kredite, die Griechenland gewährt werden, verschleiern folglich den eingetretenen Kreditausfall Griechenlands in der Öffentlichkeit. Griechenlands Zahlungsausfall wäre politisch höchst peinlich für die Geberstaaten, er würde möglicherweise auch das Auseinanderbrechen des Euro-Währungsraumes einläuten.

## Die Euro-Steuerzahler müssen die Zeche zahlen

Zweitens: Der IWF ist zwar formal der Kreditgeber, de facto sind es aber die Bürger der IWF-Mitgliedsländer, die ins Obligo genommen werden. Der IWF selbst hat nämlich kein Geld, das er verleihen kann. Er beschafft es sich von seinen Mitgliedern, die entsprechend der Höhe ihrer „IWF-Quote“ gerade stehen müssen. Er klopft beispielsweise bei der Deutschen Bundesbank an und fordert einen Geldbetrag in US-Dollar. Die Bundesbank muß daraufhin Teile ihrer Dollar-Guthaben an den IWF überweisen. In letzter Konsequenz sind es die nationalen Steuerzahler, die ein Kreditrisiko eingehen: Fällt der IWF-Kredit aus, kommt der Verlust bei der



Protestaktion bei EZB-Konferenz mit Mario Draghi: Deutschland haftet mit bis zu 124 Milliarden Euro

Bundesbank an und geht letztlich zu Lasten des Steuerzahlers.

Die ausstehenden IWF-Kredite an Griechenland belaufen sich auf 30 Milliarden Euro. Die Deutschen haben davon vermutlich mindestens 1,8 Milliarden Euro beigesteuert. Doch das ist nur die Spitze des Eisberges. Denn auch die Euro-Länder haben Griechenland Geld geliehen, und zwar insgesamt 210 Milliarden Euro. Hinzu kommt die Europäische Zentralbank (EZB), die vermutlich etwa 100 Milliarden Euro an Griechenland gegeben hat. Nicht zu vergessen sind dabei die von Hans-Werner Sinn (JF 44/12) ausführlich beschriebenen „Target-II-Salden“: Griechenland steht

hier mit 96,4 Milliarden Euro in der Kreide. Stellt Griechenland alle Zahlungen ein, würde die „Rettungspolitik“ der Bundesregierung den Deutschen einen Verlust von schätzungsweise 124 Milliarden Euro bescheren; das wären etwa fünf Prozent der deutschen Jahresproduktion. Selbst bei einem teilweisen Bankrott wäre der Verlust also noch gewaltig.

Im April hat Griechenland nun fristgerecht 450 Millionen Euro an den IWF zurückgezahlt. Woher kommt das Geld? Angesichts der leeren Staatskassen ist zu vermuten, daß es von den griechischen Banken stammt. Sie werden nämlich von der EZB durch sogenannte ELA-Notkredite (*Emergency Liquidity Assistance*)

über Wasser gehalten und können daher der griechischen Regierung mit neuen Krediten aushelfen. Wenn das der Fall wäre – und die Vermutung ist durchaus plausibel –, dann handelt es sich um eine Finanzierung des griechischen Staates durch die elektronische Notenpresse: Die Griechen bestreiten ihre Zahlungen an den IWF mit neu geschaffenen Euro, mit Duldung der EZB und ihrem Chef Mario Draghi, einem ehemaligen Goldman Sachs-Vizepräsidenten. Dahinter verbirgt sich weit mehr als nur ein Fauxpas, um den internationalen Kreditgebern unter die Arme zu greifen. Eine Finanzierung Griechenlands mit der elektronischen Euro-Notenpresse

zeigt unmißverständlich, wohin die Entwicklung geht: daß man nämlich die Geldmengenvermehrung längst als die Politik des vergleichbar kleinsten Übels ansieht und akzeptiert hat.

Wenn es gilt, zwischen dem Zahlungsausfall von Staaten und Banken oder einer Inflationspolitik zu wählen, wird letzteres gewählt. Angesichts einer solchen Gesinnung in den Regierungen und Zentralbanken müssen Sparer und Investoren in der Tat weniger Sorge vor Zahlungsausfällen haben. Sie müssen vielmehr fürchten, daß sie ihr verliehenes Geld in Form von neuem, „aus dem Nichts“ geschaffenen Geld, also entwertetem Geld, wiederbekommen. Das, was man jetzt Griechenland erlaubt, hat längst Schule gemacht.

## Sinkende Euro-Kaufkraft, Entwertung der Ersparnisse

Andere hoch verschuldete Euro-Staaten und -Banken bedienen sich bereits ebenfalls hemmungslos der elektronischen Notenpresse. Nichts anderes besagt die Entscheidung der EZB, Anleihen im großen Stil aufzukaufen. Beschönigend und vernebelnd wird diese Politik als „monetäre Lockerung“ (*quantitative easing*) bezeichnet. Hinter „QE“ verbirgt sich jedoch nichts anderes als eine Politik, die die Kaufkraft des Euro und damit auch alle in Euro ausgewiesenen Ersparnisse entwertet wird.

Die ersten Zeichen dafür sind die steigenden Aktienkurse, Immobilienpreise und natürlich auch der Verfall des Euro-Wechselkurses. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die Geldentwertung auch in den Lebenshaltungskosten zeigt. Rückblickend wird man vielleicht einmal sagen, daß Griechenland den Euro-Kollaps ausgelöst hat, daß er aber ohnehin früher oder später gekommen wäre.

Prof. Dr. Thorsten Polleit ist Chefökonom von Degussa Goldhandel und Präsident des Ludwig von Mises Instituts Deutschland. [thorsten-polleit.com](mailto:thorsten-polleit.com)

## WVM: Der Einstieg in den Kohleausstieg wird teuer

BERLIN. Die Wirtschaftsvereinigung Metalle (WVM) hat den von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geplanten „Klimaschutzbeitrag“ für deutsche Kohlekraftwerke scharf kritisiert. „Der Einstieg in den Kohleausstieg wird teuer. Für Unternehmen in der Metallerzeugung und -verarbeitung gehen die Kosten in die Millionen“, warnte WVM-Hauptgeschäftsführerin Franziska Erdle. Die geplante Zwangsabgabe trifft vor allem Braunkohlekraftwerke, den wichtigsten deutschen Energieerzeugern. WVM-Berechnungen zeigten, daß eine sinkende Umlage nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) die steigenden Preise auf dem Stromgroßhandelsmarkt bei weitem nicht ausgleichen könne: „Die EEG-Umlage wirkt nur auf den Erneuerbaren-Anteil am Strommix. Insgesamt betrachtet bleibt es bei einer Strompreissteigerung“, so Erdle. Zugleich würden die Fehlanreize der Vergangenheit weiter verstärkt. „Statt die Erneuerbaren an den Markt heranzuführen, wird die Kohle vom Markt weggeführt, weil man ihre Kosten künstlich erhöht. Damit kommt es zu indirekten Subventionen für die Erneuerbaren“, meinte Erdle. (fis) [www.wvm-metalle.de](http://www.wvm-metalle.de)

## Japan ist wieder größter Gläubiger der USA

WASHINGTON. Japan ist mit Staatsanleihen im Wert von 1.224,4 Milliarden Dollar erneut größter Gläubiger der USA. Damit wurde erstmals seit 2008 wieder China (ohne Hongkong mit 175,4 Milliarden) überflügelt, das im Februar nur noch US-Bonds für 1.223,7 Milliarden Dollar besaß. 2014 waren es noch 1.272,9 Milliarden Dollar gewesen, teilte das US-Finanzministerium mit. Die beiden Länder halten damit je zehn Prozent aller handelbaren US-Staatspapiere. Drittgrößter US-Gläubiger mit 345,3 Milliarden Dollar ist Belgien, gefolgt von Brasilien (259,9 Milliarden) und der Schweiz (201,7 Milliarden). Deutschland hält mit 68,6 Milliarden Dollar weniger US-Bonds als Rußland (69,6 Milliarden). Innerhalb eines Jahres stiegen die US-Auslandsschulden von 5.890 auf 6.163 Milliarden Dollar. (fis) [treasury.gov/ticdata/Publish/mfn.txt](http://treasury.gov/ticdata/Publish/mfn.txt)

# Digital ausgeraubt

**Cyberkriminalität:** 51 Milliarden Euro Schaden durch Wirtschaftsspionage, Sabotage oder Datendiebstahl / Die Hälfte der deutschen Firmen betroffen

CORNELIUS PERSDORF

Die stille Gefahr lauert in allen Firmen. Spektakuläre Fälle von IT-Attacken und Datendiebstahl beweisen, daß selbst Sony oder Apple vor Cyberraub und Industriespionage nicht sicher sind. Dabei könnten sich Großunternehmen noch am besten schützen, denn Verschlüsselungsmaßnahmen sind aufwendig und teuer.

Lukrativstes Ziel von Datenräubern sind daher Mittelständler, das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Grund dafür ist das für Eindringlinge attraktive Kosten-Nutzen-Verhältnis: Zum einen ist der Mittelstand interessant genug für Spione, die auf Ideenklau und Geld-diebstahl aus sind. Andererseits ist die Gelegenheit hier am günstigsten, da die Firmen anders als Konzerne über weni-

ger Mittel und Expertise zur Spionageabwehr verfügen. Doch es fehle das Problembewußtsein, klagt Dieter Kempf, Präsident des IT-Verbands Bitkom.

Schon Mitarbeiterschulungen könnten eine Menge bewirken, um den volkswirtschaftlichen Schaden von 51 Milliarden Euro pro Jahr zu reduzieren. In vielen Fällen würden arglose Mitarbeiter zu unbewußten Mittätern, indem sie von hinterlistigen Kollegen für illegale Zwecke mißbraucht werden (*Social Engineering*). Mehr Verschiegenheit und Vorsicht ergäben eine lohnende Sicherheitsrendite: „Sie können das Experiment ja mal am Stammtisch machen und jemanden nach dem Namen seines IT-Sicherheitsbeauftragten fragen. Mal sehen, wie viele Antworten sie bekommen“, sagte der Bitkom-Chef bei der Vorstellung einer Studie zu Wirtschaftsspionage, Sabotage oder Datendiebstahl.

Obwohl alle befragten Firmen angaben, gängige IT-Sicherheitsmaßnahmen (Firewalls, Verschlüsselungen) einzusetzen, berichten mehr als die Hälfte über versuchte Spionage und Sabotage in den letzten zwei Jahren. Diese Diskrepanz erklärt sich nur zum Teil damit, daß das häufigste Delikt analoger Art ist: 28 Prozent aller Betroffenen gaben an, ihnen seien IT-Geräte gestohlen worden. Dabei verwenden mehr als vier Fünftel der Unternehmen Maßnahmen zur organisatorischen (Richtlinien, Notfallpläne) und zur physischen IT-Sicherheit (Gebäudeschutz, Überwachung). Mangelnde Aufsicht scheidet als erklärender Faktor der offensichtlich großen Sicherheitslücke also ebenfalls aus.

Nur 52 Prozent der Firmen achten jedoch auf personelle Sicherheit, die sich durch Schulungen und Sicherheitsüberprüfungen steigern lasse, meint Kempf,

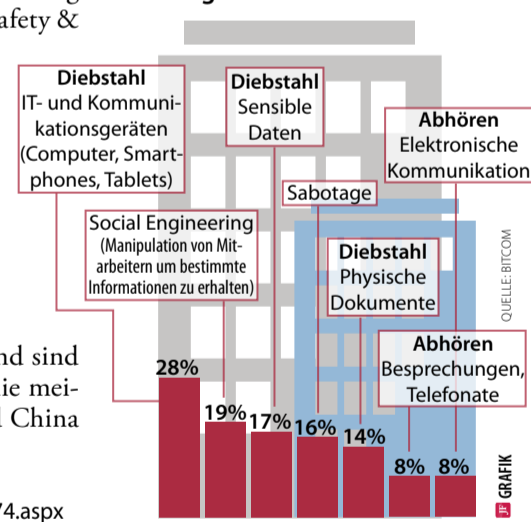
der als Chef der Datev-Genossenschaft auch professionelle Sicherheitsdienstleistungen anbietet.

Kempf kritisiert, es gebe in Deutschland zudem keine breite Ausbildung zum IT-Sicherheitsmanager, „Safety & Security“ spielten im Studiengang Wirtschaftsinformatik keine Rolle. Einen schwachen Trost spendet die Studie dennoch: Kritische Infrastrukturen wie Wasser-, Strom- und Nahrungsmittelversorgung seien bislang noch seltener Ziele von Cyberangriffen als die Gesamtheit der Unternehmen. Aber Angriffe aus dem Ausland sind deutlich überrepräsentiert – die meisten würden von Rußland und China aus verübt.

[bitkom.org/de/presse/8477\\_82074.aspx](http://bitkom.org/de/presse/8477_82074.aspx)

## Digitale Angriffe auf Unternehmen

Häufigste Delikte



## Zahl der Woche

**Mit 515,6 Milliarden Euro** (15 Prozent) waren die USA 2014 Haupthandelspartner der EU. Es folgten China (467,3 Milliarden/14 Prozent), Rußland (285,1 Milliarden/8 Prozent) und die Schweiz (236,9 Milliarden/7 Prozent). Hauptexportland waren die USA, bei den Importen lag China vorn (je 18 Prozent).

(Quelle: Eurostat)

## JF-Krisenreporter

Billy Six

# Marsch ins Ungewisse

## Gefangen im Syrienkrieg

Im August 2012 überquert Billy Six von der Türkei aus die Grenze nach Syrien – mitten hinein in das von islamistischen Aufständischen und Regierungstruppen umkämpfte Kriegsgebiet. Als Reporter der Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT will er von dort in die Heimat berichten. Dann wird er kurz vor Weihnachten entführt und festgesetzt. Es vergehen zweieinhalb zermürbende Monate voller Ungewißheit über sein Schicksal. Deutsche Sicherheitsbehörden schalten sich ein, im Auswärtigen Amt wird ein Krisenstab gebildet. Erst Anfang März 2013 kommt er mit Hilfe der russischen Botschaft in Syrien wieder frei. In diesem bewegenden Buch schildert er erstmals seine erschütternden Erlebnisse: Er berichtet von Vergewaltigungen, Folterungen, dem allgegenwärtigen Sterben und Tod sowie der dramatischen Zeit seiner Gefangenschaft.

Mit einem Geleitwort von Peter Scholl-Latour

246 Seiten, Abb., Klappenbroschüre  
ISBN: 9783929986474, Best.-Nr.: 92367  
EUR 17,80

Bestellen Sie telefonisch: 030 / 86 49 53 - 25,  
per Fax: 030 / 86 49 53 - 40  
oder einfach online: [www.jf-buchdienst.de](http://www.jf-buchdienst.de)

JF EDITION